

Auch die NEW YORK TIMES fordert jetzt den Rückzug der US-Truppen aus dem Irak – Bushs Chaos sei nur noch mit internationaler Hilfe aufzuräumen!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 144/07 – 15.07.07**

Der Weg zurück

Editorial

THE NEW YORK TIMES, 08.07.07

(http://www.nytimes.com/2007/07/08/opinion/08sun1.html?_r=1&o)

Es wird Zeit für die Vereinigten Staaten, den Irak zu verlassen, und das Pentagon sollte damit nur noch so lange warten, bis es einen geordneten Rückzug organisiert hat.

Wie viele Amerikaner haben wir diese Entscheidung verschoben, weil wir auf ein Zeichen gewartet haben, dass Präsident Bush ernsthaft versucht, die Vereinigten Staaten aus dem Desaster herauszuziehen, das er durch die Invasion des Iraks ohne ausreichende Gründe verursacht hat – angesichts einer weltweiten Opposition und ohne Plan zur nachfolgenden Stabilisierung des Landes.

Zuerst haben wir geglaubt, dass nach dem Sturz der irakischen Regierung und der Auflösung der Armee, der Polizei und der wirtschaftlichen Strukturen die Vereinigten Staaten versuchen würden, einige der Ziele zu erreichen, die Bush angeblich verfolgte, um einen stabilen geeinten irakischen Staat aufzubauen. Als klar wurde, dass der Präsident weder über die Vision noch über die Mittel verfügte, um das zu erreichen, haben wir noch gegen die Festlegung eines Rückzugsdatums argumentiert, weil es eine geringe Chance gab, das wahrscheinlich danach eintretende Chaos zu begrenzen.

Mister Bush hat ein Abzugsdatum bisher abgelehnt und immer wieder neue Durchbrüche versprochen – nach den Wahlen, nach der Verabschiedung der Verfassung und nachdem er Tausende Soldaten mehr aufgeboten hatte. Aber nach all diesen "Meilensteinen" gibt es immer noch keinen Fortschritt in Richtung auf einen stabilen, demokratischen Irak oder wenigstens einen Rückzugsplan. Es ist erschreckend klar, dass Mister Bush weitermachen will wie bisher, so lange er Präsident ist, damit sein Nachfolger das Chaos erbt. Was immer sein Ziel war, er hat es verspielt.

Die politischen Führer des Iraks, die Washington unterstützt hat, sind unfähig, die Interessen ihres Landes über sektiererische Absichten zu stellen. Die Sicherheitskräfte, die Washington ausgebildet hat, verhalten sich eher wie Partisanen-Milizen. Den zusätzlichen Truppen, die in die Region Bagdad geschickt wurden, ist es nicht gelungen, etwas zu verändern.

Es ist falsch, auch weiterhin Leib und Leben amerikanischer Soldaten zu opfern. Der Krieg lähmt die militärischen Allianzen unseres Landes und seine Streitkräfte. Er lenkt vom lebenswichtigen Kampf gegen die Terroristen ab. Er ist eine wachsende Last für die amerikanischen Steuerzahler und enttäuscht eine Welt, die einen klugen Einsatz amerikanischer Macht und ihrer Prinzipien bräuchte.

Eine Mehrheit der Amerikaner ist schon vor Monaten zu dieser Erkenntnis gelangt. Sogar im politisch polarisierten Washington ist die Einstellung zum Krieg nicht länger an Par-

teigrenzen gebunden. Wenn der Kongress in dieser Woche wieder tagt, müsste der Rückzug der amerikanischen Truppen aus diesem Krieg im Vordergrund der Beratungen stehen.

Die Beratungen müssen ehrlich und zielgerichtet sein. Den Amerikanern muss klar werden, dass es im Irak und in den angrenzenden Regionen sogar noch mehr Blutvergießen und Chaos geben könnte, wenn die Amerikaner abziehen. Es könnte zu Übergriffen gegen diejenigen kommen, die mit den US-Streitkräften zusammengearbeitet haben, auch zu ethnischen Säuberungen oder sogar zum Völkermord. Zur weiteren Destabilisierung führende Flüchtlingsströme könnten sich nach Jordanien und Syrien ergießen. Der Iran und die Türkei könnten Landnahmen versuchen. Was aber am wichtigsten ist, die Invasion hat eine neue Hochburg für Terroristen geschaffen, die von dort aus aktiv werden könnten.

Die Regierung, der demokratisch kontrollierte Kongress, die Vereinten Nationen und die Verbündeten Amerikas müssen versuchen, diese Entwicklungen zu dämpfen – wobei auch deren Bemühungen scheitern könnten. Aber die Amerikaner müssen sich auch ehrlich eingestehen, dass alles noch schlimmer wird, wenn unsere Truppen im Irak bleiben. Unser Land braucht jetzt eine ernsthafte Diskussion, wie der Rückzug am besten durchzuführen und wie seinen Folgen zu begegnen ist.

Der Ablauf der Rückzugs

Die Vereinigten Staaten haben etwa 160.000 Soldaten und Millionen Tonnen militärisches Gerät im Irak. Der sichere Abzug dieser Streitmacht ist eine gewaltige Herausforderung. Die Hauptstraße nach Süden Richtung Kuwait ist als ständiges Ziel für Bombenanschläge vom Straßenrand her sehr verwundbar. Soldaten, Waffen und Fahrzeuge müssen sich in sichere Basen zurückziehen, während Luft- und Seetransporte organisiert werden. Die Rückzugsstraßen sind zu sichern. Beim Abzug ist zu beachten, was bei der Invasion versäumt wurde: Die Realitäten müssen erkannt und mit angemessenen Mitteln bewältigt werden.

Die Vereinigten Staaten sollten prüfen, ob sich das Kurdengebiet im Norden des Iraks für einen sicheren Zwischenaufenthalt eignet. Wenn Basen und Häfen in der Türkei genutzt werden könnten, wäre der Rückzug schneller und sicherer möglich. Die Türkei war in diesem Krieg bisher ein unzuverlässiger Verbündeter, aber wie andere Nationen sollte sie erkennen, dass sie aus eigenem Interesse einen Teil der Folgelasten tragen muss.

Es ist unrealistisch, das in weniger als sechs Monaten realisieren zu wollen. Aber jetzt muss der politische Entschluss dazu gefasst und das Zieldatum festgelegt werden.

Der Kampf gegen Terroristen

Al Qaida hatte trotz Präsident Bushs wiederholter Behauptungen vor der Invasion keinen nennenswerten Rückhalt im Irak; aber jetzt hat diese Organisation dort neue Camps, neue Rekruten und neues Prestige gewonnen.

Wegen des Irak-Krieges hat das Pentagon Kräfte aus Afghanistan abgezogen, wo das Militär eine reelle Chance gehabt hätte, die Anführer von Al Qaida zu fangen. Diese Invasion hat wichtige Verbündete im Krieg gegen den Terrorismus verunsichert. Sie hat die Stärke und Kampfbereitschaft der amerikanischen Armee aufgezehrt.

Es ist eine neue Front entstanden, an der die Vereinigten Staaten künftig gegen Terroristen kämpfen und Verbündete finden müssen, die verhindern helfen, dass der Irak zur Beu-

te internationaler Terroristen wird. Das Militär wird Mittel und Stützpunkte finden müssen, um diese selbst verursachte blutende Wunde in naher Zukunft zu schließen.

Zur Frage der Stützpunkte

Die Vereinigten Staaten könnten sich mit den Kurden auf ein Abkommen einigen, das den Bau von Stützpunkten im nordöstlichen Irak ermöglicht. Das Pentagon könnte auch seine Basen in Kuwait und Katar und seine starken Seestreitkräfte im Persischen Golf für diesen Zweck nutzen.

Es gibt Argumente für und gegen beide Optionen. Wenn Truppen im nördlichen Irak bleiben, könnten sie leicht in Versuchung geraten, wieder in den Bürgerkrieg einzugreifen, oder den Verdacht entstehen lassen, Washingtons wirkliches Ziel seien sichere und dauerhafte Basen im Irak gewesen. Wenn von anderen Ländern aus Angriffe vorgetragen werden, könnte das deren Regierungen in Gefahr bringen.

Das Weiße Haus sollte seine Wahl erst nach Konsultationen mit dem Kongress und den anderen Staaten in der Region treffen, deren Meinung die Bush-Administration bisher ignoriert hat. Dabei sollte folgendes Ergebnis erzielt werden: Das Pentagon braucht genügend Truppen, um effektive Schläge und Luftangriffe gegen terroristische Kräfte im Irak führen zu können, aber keine großen Verbände, die nur für eine großangelegte Schlacht erforderlich sind.

Der Bürgerkrieg

Ein Argument Bushs gegen den Rückzug ist seine Behauptung, das würde zu einem Bürgerkrieg führen. Dieser Krieg tobt bereits, und er könnte noch Jahre andauern. Der Irak könnte sich in einen kurdischen, sunnitischen und schiitischen Teilstaat aufspalten, und amerikanische Truppen könnten das nicht verhindern. Wir vermuten, dass die Ankündigung eines festen Datums für den Rückzug die politischen Führer des Iraks und die Regierungen seiner Nachbarstaaten auch in die Realität zurückführen könnte. Im Idealfall könnten irakische Politiker auch dazu angespornt werden, Schritte zur nationalen Versöhnung zu unternehmen, die sie bisher endlos diskutiert haben, aber nicht gehen wollten.

Aber es wäre verrückt, sich darauf verlassen zu wollen, wie es demokratische Befürworter eines Rückzugs getan haben. Die Regierung sollte jede Möglichkeit, die sie durch einen Rückzug erhält, nutzen, um ihre Verbündeten und die Nachbarn des Iraks zur Unterstützung einer Verhandlungslösung zu drängen.

Führende irakischen Politiker, die sich nicht mehr darauf verlassen können, dass die Amerikaner ihr Überleben garantieren, werden sich vielleicht für einen Kompromiss im Stil der Teilung Bosniens gewinnen lassen, bei dem die wirtschaftlichen Ressourcen fair verteilt aber auch Millionen Iraker umgesiedelt werden müssten. Das wäre besser, als die ethnischen und religiösen Säuberungen im Zeitlupentempo, die schon jetzt jeden siebten Iraker aus seinem Haus vertrieben haben.

Die Armee der Vereinigten Staaten kann dieses Problem nicht lösen. Der Kongress und das Weiße Haus müssen versuchen, eine international unterstützte Verhandlungslösung zu erreichen. Zu Beginn muss sich Washington an die Vereinten Nationen wenden, die Mister Bush vor dem Irak-Krieg noch übergangen und verspottet hat.

Die humanitäre Krise

Es gibt schon fast zwei Millionen irakische Flüchtlinge – die meisten davon in Syrien und in

Jordanien – und weitere zwei Millionen wurden innerhalb ihres Landes vertrieben. Ohne enge Zusammenarbeit mit allen sechs Ländern, die an den Irak angrenzen – mit der Türkei, dem Iran, Kuwait, Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien – und der Hilfe anderer Länder könnte das Desaster noch schlimmer werden. Zusätzlich zu dem Leid könnten die großen Flüchtlingsströme – von denen einige auch ethnische und religiöse Probleme transportieren – Konflikte aus dem Irak weit über dessen Grenzen hinaus tragen.

Kuwait und Saudi-Arabien müssen auch Flüchtlinge aufnehmen. Jordanien und Syrien, die beide von Flüchtlingen überflutet sind, brauchen mehr internationale Hilfe. Das heißt, sie brauchen vor allem Geld. Auch Europa und Asien sollten ihren Beitrag leisten. Die Vereinigten Staaten werden einen großen Teil der Kosten tragen müssen, sollten aber versuchen, etwa auf einer internationalen Geberkonferenz, Geld für die Flüchtlingskrise zu sammeln.

Washington wird auch die Beziehungen zu seinen Verbündeten verbessern müssen. Es gibt neue Regierungen in Großbritannien, Frankreich und Deutschland, die an den Kontroversen vor diesem Krieg nicht beteiligt waren und sie gern überwinden möchten. Aber dazu werden Bescheidenheit und die Bereitschaft zu gemeinsamem Vorgehen notwendig sein – also Verhaltensweisen, die diese Regierung bisher nie gezeigt hat. Wie wütend sie auch über den Schlamassel gewesen sein mögen, den Präsident Bush angerichtet hat, diese Nationen sollten einsehen, dass sie sich den Folgen nicht entziehen können. Um es auf den Punkt zu bringen: Der Terrorismus und das Öl können unmöglich ignoriert werden.

Die Vereinigten Staaten tragen die größte Verantwortung, vor allem müssen sie viel mehr Flüchtlingen ein dauerndes Aufenthaltsrecht gewähren. Die größte Verpflichtung besteht gegenüber Zehntausenden Irakern, die Mut und guten Willen gezeigt haben – als Übersetzer, Botschaftsangestellte und Arbeiter beim Wiederaufbau; deren Leben wird in großer Gefahr sein, weil sie die Versprechen der Amerikaner geglaubt und mit ihnen kooperiert haben.

Die Nachbarn

Es wird sehr schwierig werden, die Nachbarn an einer intensiven Einmischung in den Irak zu hindern – sowohl Amerikas Freunde als auch seine Gegner.

Der Iran muss unter internationalen Druck gesetzt werden, damit die Schiiten im südlichen Irak ihre eigene unabhängige Zukunft entwickeln können. Washington muss mithelfen, sunnitische Staaten wie Syrien davon abzuhalten, zugunsten der sunnitischen Iraker zu intervenieren. Die Türkei muss daran gehindert werden, Truppen in die kurdischen Gebiete zu entsenden.

Damit diese Anstrengungen wenigstens geringe Aussichten auf Erfolg haben, muss Mister Bush seinen Widerstand gegen Gespräche mit dem Iran und Syrien aufgeben. Großbritannien, Frankreich, Russland, China und andere Nationen mit Einfluss müssen dabei helfen. Der Bürgerkrieg im Irak bedroht alle, besonders, wenn er sich über die irakischen Grenzen hinaus ausbreitet.

Präsident Bush und Vizepräsident Cheney haben mit Panikmache und Demagogie versucht, die Forderungen der Amerikaner nach einer Beendigung des Krieges zu ersticken. Sie sagen, ein Rückzug werde Blutvergießen und Chaos hervorrufen und die Terroristen ermutigen. In Wirklichkeit ist all das schon geschehen – als Ergebnis dieser unnötigen Invasion und des inkompetenten Managements dieses Krieges.

Unser Land hat die Wahl. Wir können Mister Bush erlauben, diesen Krieg end- und

zwecklos weiterzuführen. Oder wir können darauf bestehen, dass die amerikanischen Truppen so schnell und sicher wie möglich abgezogen werden – verbunden mit einem gemeinsamen Versuch, eine Ausbreitung des Chaos zu verhindern.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Hervorhebungen im Text versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir für unsere Englisch sprechenden Leser den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Die NEW YORK TIMES, die führende rechtsliberale Zeitung der USA, hat wieder einmal eine Kehrtwende vollzogen. Nachdem sie sich bald nach Beginn des Irak-Krieges bei ihren Lesern dafür entschuldigen musste, die Lügen der Bush-Administration über Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen verbreitet und sich an der Medienkampagne zur Rechtfertigung des Überfalls beteiligt zu haben, gesteht sie jetzt in einem Leitartikel ein, zu lange mit der Forderung nach einem Rückzug aus dem Irak gewartet zu haben.

Es ist eine billige Masche, erst die Kriegstrommeln zu rühren und dann, wenn das Unternehmen "Holen wir uns Saddams Öl!" total in die Hose gegangen ist, zum kontrollierten Rückzug zu blasen. Was das wichtigste Sprachrohr des US-Imperialismus vorschlägt, ist deshalb auch nicht neu.

Schon die Baker-Kommission (s. LP 139/06) hat Ende letzten Jahres in ihrem Bericht empfohlen, den Irak-Krieg zu "internationalisieren". Weil die Situation damals aber noch nicht ganz so katastrophal wie heute war, wurde nur ein Abzug der US-Kampfbrigaden ohne festen Zeitplan vorgeschlagen. Damit die letzten GIs nicht wieder wie in Vietnam vom Dach der US-Botschaft mit Hubschraubern evakuiert werden müssen, soll im Irak wenigstens ein geordneter Rückzug stattfinden.

Der Irak soll schnellstmöglich verlassen werden. Man hofft darauf, dass er sich in drei autonome Teilstaaten aufspaltet, die sich einzeln besser dominieren lassen. Bei Bedarf kann man widerspenstige Iraker immer noch mit den Lenkflugkörpern der US-Zerstörer und den Kampfjets der US-Flugzeugträger im Persischen Golf zur Raison bringen.

Mit Krokodilstränen über das Elend der irakischen Flüchtlinge sollen nur möglichst viele andere Staaten zur Zahlung von Hilfsgeldern genötigt werden, damit das Chaos, das Bush und Blair angerichtet haben, notdürftig geordnet und die Region einigermaßen befriedet werden kann. Die US-Ölkonzerne sollen auch weiterhin die aufgesplitteten irakischen und die saudi-arabischen Ölvorkommen ausbeuten und mit erpresserischen Preisdiktaten Höchstprofite erzielen können.

Der Griff der letzten verbliebenen Weltmacht USA nach den globalen Rohstoff-Ressourcen ist nach den Niederlagen im Irak und in Afghanistan endgültig gescheitert. Das Öl aus dieser Region wird auch dann noch fließen, wenn die geschlagenen US- und NATO-Armeen abgezogen sind. Das "Gold der Wüsten" gehört den Menschen, die dort leben. Sie werden es gern gegen Waren und Dienstleistungen tauschen, die sie dringend brauchen. Wenn wir wirklich in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Welt leben wollen, müssen wir endlich einsehen, dass der westliche Raubkapitalismus keine Chance mehr hat. Die Menschen in Afghanistan und im Irak brauchen dringend unsere Hilfe. Aber erst müssen die Interventionsarmeen der USA und der NATO sich komplett aus diesen Ländern und aus dem gesamten Mittleren Osten zurückziehen.

New York Times

July 8, 2007

Editorial

The Road Home

It is time for the United States to leave Iraq, without any more delay than the Pentagon needs to organize an orderly exit.

•

Like many Americans, we have put off that conclusion, waiting for a sign that President Bush was seriously trying to dig the United States out of the disaster he created by invading Iraq without sufficient cause, in the face of global opposition, and without a plan to stabilize the country afterward.

At first, we believed that after destroying Iraq's government, army, police and economic structures, the United States was obliged to try to accomplish some of the goals Mr. Bush claimed to be pursuing, chiefly building a stable, unified Iraq. When it became clear that the president had neither the vision nor the means to do that, we argued against setting a withdrawal date while there was still some chance to mitigate the chaos that would most likely follow.

While Mr. Bush scorns deadlines, he kept promising breakthroughs — after elections, after a constitution, after sending in thousands more troops. But those milestones came and went without any progress toward a stable, democratic Iraq or a path for withdrawal. It is frighteningly clear that Mr. Bush's plan is to stay the course as long as he is president and dump the mess on his successor. Whatever his cause was, it is lost.

The political leaders Washington has backed are incapable of putting national interests ahead of sectarian score settling. The security forces Washington has trained behave more like partisan militias. Additional military forces poured into the Baghdad region have failed to change anything.

Continuing to sacrifice the lives and limbs of American soldiers is wrong. The war is sapping the strength of the nation's alliances and its military forces. It is a dangerous diversion from the life-and-death struggle against terrorists. It is an increasing burden on American taxpayers, and it is a betrayal of a world that needs the wise application of American power and principles.

A majority of Americans reached these conclusions months ago. Even in politically polarized Washington, positions on the war no longer divide entirely on party lines. When Congress returns this week, extricating American troops from the war should be at the top of its agenda.

That conversation must be candid and focused. Americans must be clear that Iraq, and the region around it, could be even bloodier and more chaotic after Americans leave. There could be reprisals against those who worked with American forces, further ethnic cleansing, even genocide. Potentially destabilizing refugee flows could hit Jordan and Syria. Iran and Turkey could be tempted to make power grabs. Perhaps most important, the invasion has created a new stronghold from which terrorist activity could proliferate.

The administration, the Democratic-controlled Congress, the United Nations and America's

allies must try to mitigate those outcomes — and they may fail. But Americans must be equally honest about the fact that keeping troops in Iraq will only make things worse. The nation needs a serious discussion, now, about how to accomplish a withdrawal and meet some of the big challenges that will arise.

The Mechanics of Withdrawal

The United States has about 160,000 troops and millions of tons of military gear inside Iraq. Getting that force out safely will be a formidable challenge. The main road south to Kuwait is notoriously vulnerable to roadside bomb attacks. Soldiers, weapons and vehicles will need to be deployed to secure bases while airlift and sealift operations are organized. Withdrawal routes will have to be guarded. The exit must be everything the invasion was not: based on reality and backed by adequate resources.

The United States should explore using Kurdish territory in the north of Iraq as a secure staging area. Being able to use bases and ports in Turkey would also make withdrawal faster and safer. Turkey has been an inconsistent ally in this war, but like other nations, it should realize that shouldering part of the burden of the aftermath is in its own interest.

Accomplishing all of this in less than six months is probably unrealistic. The political decision should be made, and the target date set, now.

The Fight Against Terrorists

Despite President Bush's repeated claims, Al Qaeda had no significant foothold in Iraq before the invasion, which gave it new base camps, new recruits and new prestige.

This war diverted Pentagon resources from Afghanistan, where the military had a real chance to hunt down Al Qaeda's leaders. It alienated essential allies in the war against terrorism. It drained the strength and readiness of American troops.

And it created a new front where the United States will have to continue to battle terrorist forces and enlist local allies who reject the idea of an Iraq hijacked by international terrorists. The military will need resources and bases to stanch this self-inflicted wound for the foreseeable future.

The Question of Bases

The United States could strike an agreement with the Kurds to create those bases in northeastern Iraq. Or, the Pentagon could use its bases in countries like Kuwait and Qatar, and its large naval presence in the Persian Gulf, as staging points.

There are arguments for, and against, both options. Leaving troops in Iraq might make it too easy — and too tempting — to get drawn back into the civil war and confirm suspicions that Washington's real goal was to secure permanent bases in Iraq. Mounting attacks from other countries could endanger those nations' governments.

The White House should make this choice after consultation with Congress and the other countries in the region, whose opinions the Bush administration has essentially ignored. The bottom line: the Pentagon needs enough force to stage effective raids and airstrikes against terrorist forces in Iraq, but not enough to resume large-scale combat.

The Civil War

One of Mr. Bush's arguments against withdrawal is that it would lead to civil war. That war

is raging, right now, and it may take years to burn out. Iraq may fragment into separate Kurdish, Sunni and Shiite republics, and American troops are not going to stop that from happening.

It is possible, we suppose, that announcing a firm withdrawal date might finally focus Iraq's political leaders and neighboring governments on reality. Ideally, it could spur Iraqi politicians to take the steps toward national reconciliation that they have endlessly discussed but refused to act on.

But it is foolish to count on that, as some Democratic proponents of withdrawal have done. The administration should use whatever leverage it gains from withdrawing to press its allies and Iraq's neighbors to help achieve a negotiated solution.

Iraq's leaders — knowing that they can no longer rely on the Americans to guarantee their survival — might be more open to compromise, perhaps to a Bosnian-style partition, with economic resources fairly shared but with millions of Iraqis forced to relocate. That would be better than the slow-motion ethnic and religious cleansing that has contributed to driving one in seven Iraqis from their homes.

The United States military cannot solve the problem. Congress and the White House must lead an international attempt at a negotiated outcome. To start, Washington must turn to the United Nations, which Mr. Bush spurned and ridiculed as a preface to war.

The Human Crisis

There are already nearly two million Iraqi refugees, mostly in Syria and Jordan, and nearly two million more Iraqis who have been displaced within their country. Without the active cooperation of all six countries bordering Iraq — Turkey, Iran, Kuwait, Saudi Arabia, Jordan and Syria — and the help of other nations, this disaster could get worse. Beyond the suffering, massive flows of refugees — some with ethnic and political resentments — could spread Iraq's conflict far beyond Iraq's borders.

Kuwait and Saudi Arabia must share the burden of hosting refugees. Jordan and Syria, now nearly overwhelmed with refugees, need more international help. That, of course, means money. The nations of Europe and Asia have a stake and should contribute. The United States will have to pay a large share of the costs, but should also lead international efforts, perhaps a donors' conference, to raise money for the refugee crisis.

Washington also has to mend fences with allies. There are new governments in Britain, France and Germany that did not participate in the fight over starting this war and are eager to get beyond it. But that will still require a measure of humility and a commitment to multilateral action that this administration has never shown. And, however angry they were with President Bush for creating this mess, those nations should see that they cannot walk away from the consequences. To put it baldly, terrorism and oil make it impossible to ignore.

The United States has the greatest responsibilities, including the admission of many more refugees for permanent resettlement. The most compelling obligation is to the tens of thousands of Iraqis of courage and good will — translators, embassy employees, reconstruction workers — whose lives will be in danger because they believed the promises and cooperated with the Americans.

The Neighbors

One of the trickiest tasks will be avoiding excessive meddling in Iraq by its neighbors —

America's friends as well as its adversaries.

Just as Iran should come under international pressure to allow Shiites in southern Iraq to develop their own independent future, Washington must help persuade Sunni powers like Syria not to intervene on behalf of Sunni Iraqis. Turkey must be kept from sending troops into Kurdish territories.

For this effort to have any remote chance, Mr. Bush must drop his resistance to talking with both Iran and Syria. Britain, France, Russia, China and other nations with influence have a responsibility to help. Civil war in Iraq is a threat to everyone, especially if it spills across Iraq's borders.

President Bush and Vice President Dick Cheney have used demagoguery and fear to quell Americans' demands for an end to this war. They say withdrawing will create bloodshed and chaos and encourage terrorists. Actually, all of that has already happened — the result of this unnecessary invasion and the incompetent management of this war.

This country faces a choice. We can go on allowing Mr. Bush to drag out this war without end or purpose. Or we can insist that American troops are withdrawn as quickly and safely as we can manage — with as much effort as possible to stop the chaos from spreading.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern